

Werner Stemans

Frankreich

Auswärtige Angelegenheiten

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 15.11.2007 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition

- a) der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt – zu überweisen,
- b) den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben.

Begründung

Mit der Petition wird die Beibehaltung der Goethe-Institute in Europa gefordert.

Bei dem Anliegen handelt es sich um eine öffentliche Petition, die sechs Wochen auf der Internetseite des Deutschen Bundestages zur Mitzeichnung und Diskussion gestellt wurde. Während der Mitzeichnungsfrist haben 167 Unterzeichner die Petition unterstützt; außerdem gab es sechs Diskussionsbeiträge.

Das Anliegen wird mit der Unersetzbarkeit der Arbeit der Goethe-Institute begründet.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Berücksichtigung einer erbetenen Stellungnahme des Auswärtigen Amtes (AA) folgendermaßen zusammenfassen:

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist neben der Pflege der auswärtigen Beziehungen und der Außenwirtschaftsförderung eine der drei Säulen der deutschen Außenpolitik. Eine aktive AKBP entspricht dem Selbstverständnis Deutsch-

lands als weltoffene Kulturnation. Ziel ist dabei, deutsche kultur- und bildungspolitische Interessen im Ausland zu fördern und zum kulturellen Austausch beizutragen. Die AKBP umfasst den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern sowie Hochschulkooperation, deutsches Auslandsschulwesen, die Förderung der deutschen Sprache und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Künste und Medien. Die Erreichung der Ziele erfolgt durch die Umsetzung durch Mittlerorganisationen. Dabei nimmt das Goethe-Institut mit seinem weltweiten Netzwerk von 129 Auslandsinstituten einen zentralen Platz ein.

Die Programme des Goethe-Institutes sind anerkannt, globale Präsenz und Netzwerke entscheidende Stärken. Die Förderung der deutschen Sprache, Kulturaustausch sowie Informations- und Bibliotheksarbeit bleiben die wesentlichen Aufgaben des Goethe-Institutes in Europa. Damit tragen das Goethe-Institut sowie die übrigen Mittlerorganisationen der AKBP in Europa einen entscheidenden Beitrag zur europäischen Integration und zur Entwicklung einer europäischen Bürgergesellschaft bei.

Dem Petitionsausschuss ist bekannt, dass der Haushalt des Goethe-Institutes ungeachtet neuer Herausforderungen bei steigenden Personal- und Sachkosten in den letzten Jahren der Haushaltslage angepasst wurde. Von dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut wurde kürzlich ein Reformkonzept erarbeitet, das das Goethe-Institut zukunftssicher aufstellt, seine Strukturen modernisiert, das Netzwerk sichert und die Grundlage für den Ausbau der Präsenzen legt. Trotz des auf außenpolitischen Interessen Deutschlands beruhenden geplanten Aufbaus von Präsenzen in Asien wird – nach Angaben des Auswärtigen Amtes – kein Standort in Europa aufgegeben und erhalten die Goethe-Institute in Europa weiter die zur Aufgabenerfüllung notwendige personelle und materielle Ausstattung. Der Petitionsausschuss unterstützt dies und hält darüber hinaus die intensive Weiterführung des europäischen Integrationsprozesses und eine verstärkte Kulturarbeit innerhalb der Europäischen Union für unabdingbar.

Die derzeitige Situation des Goethe-Institutes beschäftigte auch schon den Deutschen Bundestag in der 16. Wahlperiode. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hatten mit Drucksache 16/3502 vom 21. November 2006 einen Antrag an das Plenum des Deutschen Bundestages herangetragen, dessen Ziel die Stärkung des Goethe-Institutes durch ein neues Konzept ist. Dabei soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, das Goethe-Institut bei ausstehenden Maßnahmen

zur Neuorganisation zu unterstützen und die fortlaufende Kooperationen vor Ort, insbesondere durch das Auswärtige Amt, die Botschaften und andere Institutionen, zu ermöglichen. Dieser Antrag in geänderter Form einer Beschlussempfehlung des Federführenden Auswärtigen Ausschusses – Drucksache 16/4132 – an das Plenum des Deutschen Bundestages wurde auf dessen 80. Sitzung am 2. Februar 2007 einstimmig angenommen.

Aus diesem Grund empfiehlt der Petitionsausschuss, die Petition der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt – zuzuleiten, um sich auch in Zukunft dafür einzusetzen, dass die schwierige Haushaltsslage und der Ausbau der Leistungen des Goethe-Institutes in Wachstumsregionen nicht zu einer Einschränkung des Angebotes innerhalb Europas führt.

Des Weiteren empfiehlt er, sie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben.